

## 1. Sondersitzung des Stadtrates am 14. September 2011

Da sich die Mitglieder des Stadtrates in den vorhergehenden Sitzungen nicht über die Einführung eines „**VRR-Sozialtickets**“ auf Duisburger Stadtgebiet einigen konnten, berief der Oberbürgermeister am 14. September zu diesem Thema eine Sondersitzung ein. Die Einführung des Sozialtickets konnte nämlich nur dann erfolgen, indem sich die Stadt frühzeitig bereit erklärte, sich an einem einjährigen Pilotprojekt des VRR zu beteiligen. Neben der Teilnahme an diesem Pilotprojekt, dass von einer Kooperation von CDU und Grünen im VRR erdacht und gefordert wurde, sollte der Rat an diesem Tag beschließen, dass das Sozialticket allen Empfängern von öffentlichen Sozialleistungen angeboten werden soll und dass dieses Monatsticket 29,90 Euro kosten solle. Desweiteren konnte man der Vorlage entnehmen, dass die fehlenden Einnahmen des VRR von der jeweiligen Stadt erbracht werden sollten, was für die Stadt Duisburg zu geschätzten Kosten in Höhe von 750.000 bis 900.000 Euro führen würde.

Das Innenministerium und die Bezirksregierung als Finanzaufsicht haben dazu klargestellt, dass auch bei Kommunen, die sich im Nothaushaltsrecht befinden, keinerlei Bedenken bestehen würden, wenn sie sich an diesem Pilotprojekt beteiligen möchten. Zu den oben genannten Kosten kommen bisher undefinierte Personalkosten der Stadtverwaltung und des Duisburger Jobcenters, da jeder einzelne Fall der fast 99.000 Anspruchsberechtigten erst einmal bearbeitet werden muss, bevor ein Ticket ausgestellt werden kann (ca. 30.000 bei der städtischen Sozialverwaltung und 70.000 beim Jobcenter). Hier rechnet die Verwaltung mit mindestens 10 Minuten Bearbeitungszeit je Antragsteller.

Die FDP-Ratsfraktion hatte sich bereits frühzeitig gegen die Teilnahme der Stadt an diesem Projekt ausgesprochen, da die eingesetzten Mittel und Personal-Ressourcen in anderen Bereichen fehlen werden. Auch der städtische Personalrat hatte sich eher dagegen ausgesprochen, da er von einer erheblichen Mehrbelastung der Verwaltungsmitarbeiter ausgeht (30.000 Antragsteller x 10 Minuten = 5.000 Arbeitsstunden Mehrbelastung - ohne zusätzliches Personal). Allerdings hatten alle anderen Ratsfraktionen längst einen internen „Wettbewerb“ ausgerufen, in dem es darum ging, wer hier in Duisburg die sozialsten Vorschläge unterbreitet, so hatte die Linke noch einen Zusatzantrag vorgelegt, wonach das Sozialticket erst richtig sozial sei, wenn es nicht mehr als 15,- Euro kosten würde. Selbst SPD und Grüne enthielten sich bei diesem Antrag der Stimme, alle anderen lehnten ihn ab. Letztendlich war die FDP die einzige Fraktion im Duisburger Stadtrat, die die Einführung des VRR-Sozialtickets ablehnte, alle anderen stimmten überschwänglich zu.

Nach § 60 Abs.1 der Gemeindeordnung können in dringenden Fällen, bei denen eine Entscheidung keinen Aufschub duldet, der Oberbürgermeister und ein weiteres Ratsmitglied - stellvertretend für den gesamten Rat - einen sog. **Dringlichkeitsbeschluss** fassen. Dieser Beschluss muss dann aber in der nächstfolgenden Sitzung von Stadtrat bestätigt werden. Zur 'Sicherheit' erfolgen solche Dringlichkeitsbeschlüsse immer mit den Unterschriften eines Ratsmitglieds der CDU (OB) und eines Ratsmitglieds der SPD, damit sichergestellt ist, dass eine große Mehrheit in der folgenden Ratssitzung diesen vorgezogenen Beschluss auch bestätigen wird.

Dementsprechend lag dem Stadtrat im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung ein Dringlichkeitsbeschluss vor, der von Bürgermeister Osenger (SPD) als Vertreter des Oberbürgermeisters und Ratsfrau Vogt (CDU) unterzeichnet wurde. Bei diesem Beschluss handelte es sich um die Genehmigung und finanztechnische Umschichtung von 500.000,- Euro Haushaltsmitteln, die für ein Rechtsgutachten ausgegeben wurden, dass die Stadtspitze nach dem Loveparade-Unglück in Auftrag gegeben hatte. Zunächst stellten einige Ratsmitglieder die Frage, warum darüber im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung beraten werden solle.

Trotz großer „Gegenwehr“ gelang es Stadtkämmerer und Rechtsdezernent nicht, die Frage schlüssig zu klären. So beschloss der Rat dieses Thema in öffentlicher Sitzung zu behandeln, gleichzeitig stellten die Grünen den Antrag, die Angelegenheit nur in 1. Lesung zu beraten, was bedeutet, dass am heutigen Tag keine Abstimmung erfolgen soll. Während es Rechtsdezernent Rabe und Stadtkämmerer Dr. Langner darum ging, den Vorgang als einen finanztechnischen Umbuchungsakt darzustellen, ging es vielen Ratsmitgliedern um die Frage, ob das Rechtsamt ein Gutachten zu dieser hohen Summe in Auftrag geben durfte, ohne vorher die Genehmigung des Stadtrates einzuholen und ob die hohen Kosten vorhersehbar waren. Auch die Frage nach den Folgen, für den Fall, dass der Rat den Dringlichkeitsbeschluss - wieder Erwartens - doch nicht genehmigen würde, stand im Raum (die SPD trieb vornehmlich die Frage um, ob der Unterzeichner Manfred Osenger dann in Haftung genommen würde).

Dr. Langner erklärte dem verwunderten Stadtrat, dass die einzige Konsequenz sein werde, dass es im Jahresabschluss einen Buchungsfehler gebe („einer von einigen Dutzend“), sonst nichts. Die SPD-Fraktion hatte die Bezirksregierung um eine Stellungnahme zu diesem Thema gebeten, die noch nicht vorlag, schon deshalb stimmte der Rat für die Vertagung dieses Themas.

## **2. Sitzung des Stadtrates am 17. Oktober 2011**

Die Mitglieder des Duisburger Stadtrates wurden zum wiederholten Male von einer außergewöhnlich großen Schar an Journalisten, Kameras und Fotografen empfangen, die sich vor und im Ratssaal positioniert hatten, zunächst um eine angekündigte Erklärung des Oberbürgermeisters zu hören, vor allem aber, um der Übergabe der ca. 80.000 Unterschriften der Initiative zur Abwahl des Oberbürgermeisters beizuwohnen. Unter großem Blitzlichtgewitter überreichten die 3 Vertretungsberechtigten der Initiative den 3 Bürgermeistern die Ordner mit den Unterschriftenlisten und nutzen die Gelegenheit für kurze Statements am Rednerpult des Ratssaales. Der OB war noch nicht anwesend und die offizielle Ratssitzung hatte noch nicht begonnen.

Da es bei dieser aufgeladenen Szenerie, die vom ersten stellvertretenden Bürgermeister Benno Lensdorf geführt wurde, wieder um die **Abwahl des Oberbürgermeisters** ging und (vor allem) SPD, Linke und die zahlreichen Zuschauer auf den Tribünen die Reden mit starkem Applause quittierten, während die Ratsmitglieder der CDU dem Treiben unberührt oder ablehnend zusahen, war die Atmosphäre im Ratssaal schon vor Beginn der Sitzung entsprechend aufgeheizt. Die Vorsitzenden aller Fraktionen hatten passende Redebeiträge vorbereitet, die sie zu Sitzungsbeginn vortrugen, wobei die 'OB Sauerland unterstützenden' Redebeiträge von CDU-Ratsherr Josef Wörmann und dem DWG-Vorsitzenden Stefan Krebs von den Zuhörern als provozierend empfunden und mit Buhrufen quittiert wurden. SPD, Linke und Grüne hatten einen Antrag vorbereitet, in dem beschrieben wurde, wie die Stadtverwaltung nun mit den gesammelten Unterschriften umzugehen hat. Prinzipiell gibt es dafür Vorschriften, aber das Misstrauen in die Verwaltungsspitze ist bei einer großen Mehrheit des Stadtrates inzwischen sehr groß, so dass vielen eine „Handlungsleit schnur“ angebracht erschien. Bei Stimmenthaltung der CDU und der DWG beschloss der Rat mehrheitlich diesen Antrag.

Anschließend war sich eine große Mehrheit der Ratsmitglieder einig, dass alle Tagesordnungspunkte, die sich mit dem Thema „**Gebag**“ beschäftigten, heute nicht beraten werden sollten. Auf dem Weg der beschlossenen Umwandlung von einer AG zu einer GmbH hatte die Verwaltung Beschlussvorlagen erarbeitet, wonach der Aufsichtsrat und die zukünftigen Geschäftsführer der Gebag ernannt werden sollten. Hier waren sich bereits im Vorfeld alle einig, dass es nicht wieder die beiden jetzigen Geschäftsführer sein sollten, die aber mangels Alternativen in der Vorlage genannt waren. Bis zur nächsten Ratssitzung sollen 2 geeignete Personen gefunden werden.

Nach der **Genehmigung einer Dienstreise** von Bürgermeister Erkan Kocalar (Linke) zum Hauptausschuss des Deutschen Städtetages und der Benennung von **3 Delegierten zum Städtetag NRW**, sowie des **Sitzungsplans für 2012** standen die üblichen Beschlüsse zu Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen zahlreicher städtischer Gesellschaften an.

Unter Top 12 fand sich eine Beschlussvorlage, die sich zum wiederholten Male mit der Liste aller „**freiwilligen Leistungen**“ der Stadt beschäftigte. Der Oberbürgermeister hatte diese Liste bereits 2010 und 2011 zu den jeweiligen Haushaltsberatungen vorgelegt und im Sommer diesen Jahres nochmals. Eine Mehrheit des Stadtrates hatte es stets abgelehnt, einzelne Leistungen aus dieser Liste zu streichen oder zu kürzen. Nach der letzten Ablehnung hatte der OB diese Liste an die Finanzaufsicht geschickt und mit dem Hinweis versehen, dass der Rat sich damit nicht befassen wolle. Daraufhin hatte die Bezirksregierung einen offenen Brief an den Stadtrat geschrieben und diesen aufgefordert, sich mit der „Streichliste“ zu befassen. Nun sollte der Rat beschließen, dass ihm die Liste erneut vorgelegt werden solle. Die SPD sprach sich zunächst gegen diesen Beschluss aus, ergänzte ihn dann aber, indem sie forderten, dass die Maßnahmen auf der Liste „mit mehr als einem Satz“ erklärt werden sollten, damit man sie besser verstehen könne. Die FDP-Ratsfraktion blieb bei ihrer Position und verwies auf die von ihr erarbeitete Einnahme- und Einsparliste, bei deren Umsetzung es nicht nötig wäre, freiwillige Leistungen zu streichen. Die CDU, die im Haupt- und Finanzausschuss noch für diese Vorlage gestimmt hatte, hielt die von der SPD geforderten textlichen Ergänzungen für Überflüssig und stimmte gegen die Vorlage. Letztendlich beschloss eine Mehrheit aus SPD, Linken und Grünen, dass dem Rat die Liste der freiwilligen Leistungen nochmals vorgelegt werden solle, nur mit ausführlicheren Begründungen und Erklärungen als es ursprünglich der Fall war.

Dann stand die 2. Lesung des **Dringlichkeitsbeschlusses** zu den Kosten des Gutachtens nach dem Loveparade-Unglück auf der Tagesordnung. Auch diesmal erläuterte die SPD, dass ihr immer noch keine Stellungnahme der Bezirksregierung vorliege und der Beschluss ein weiteres mal geschoben werden solle. Diesem Vorschlag schlossen sich die restlichen Ratsmitglieder an, ohne die Vorlage inhaltlich zu kommentieren.

Auch der von der Kämmerei vorgelegte **Jahresabschluss 2010** wurde auf Antrag der SPD nicht in der heutigen Sitzung beschlossen sondern in 1. Lesung behandelt und auf die nächste Ratssitzung geschoben.

In den vergangenen Monaten ist der zuständige Dezernent für das Planungsamt (J. Dressler) in den Ruhestand versetzt worden und der Leiter des Planungsamtes (J. Linne) wird demnächst als Dezernent nach Krefeld wechseln. Eigentlich müssten beide Stellen schnellstmöglich neu besetzt werden. Die Finanzaufsicht hat zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nur die Besetzung einer Stelle erlaubt, für die zweite Stelle hat sie eine 1jährige Wartezeit angeordnet. Im folgenden Tagesordnungspunkt sollte der Rat darüber entscheiden, welche der beiden Stellen jetzt und welche erst später besetzt werden soll. Die FDP hatte sich bereits vor fast einem Jahr (deutlich vor SPD und Linken!) dafür ausgesprochen, die **Dezernentenstelle** schnellstmöglich neu zu besetzen. CDU und Grüne möchten lieber zunächst die **Amtsleiterstelle** neu besetzen, da sie die Dezernentenstelle in den Händen des vertretenden Dezernenten Dr. Greulich „gut aufgehoben“ sehen. Der Vorsitzende der DWG-Fraktion, Stefan Krebs, beantragte (überraschenderweise) zu diesem Tagesordnungspunkt eine geheime Abstimmung, die dann durchgeführt wurde. Im Ergebnis sprachen sich 39 Ratsmitglieder für die schnelle Neubesetzung der Dezernentenstelle aus und 34 dagegen. Insofern brachte die geheime Abstimmung keine Überraschungen.

Nach der Pause beschloss der Rat mehrheitlich die **Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen** für Grundschulen in Duisburg. Nachdem die Landesregierung das entsprechende Gesetz wieder geändert hat, wollten SPD, Grüne und Linke diese Regelung nun auch wieder in Duisburg durchsetzen. Die CDU, DWG, Ratsherr Happel und der OB lehnten alle Beschlusspunkte ab, also die Einführung der Grenzen, die dafür erforderliche Rechtsverordnung und eine Änderung der Bezirkssatzung, wonach die Bezirksvertretungen letztendlich über den Zuschnitt der einzelnen Schulbezirksgrenzen entscheiden sollten. Die FDP lehnte zwar die Einführung ab, entschied sich aber dann (wenn die Einführung schon nicht gänzlich zu verhindern war) dafür, dass die einzelnen Bezirksvertretungen die Entscheidung über die Grenzen treffen sollten. Dementsprechend fand zwar eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte statt, letztendlich beschloss aber die Kooperationsmehrheit aus SPD, Grünen und Linken alle Punkte mehrheitlich in ihrem Sinne.

Einstimmig und kommentarlos beschloss der Rat die **Auflösung der Anne-Frank-Schule** in Hamborn und der **Förderschule in Huckingen**. Ebenso einstimmig wurden 3 Personen für die Wahl der **ehrenamtlichen Richter** beim Sozialgericht Duisburg beschlossen, unter ihnen FDP-Mitglied Sieghard Erdt. Ebenfalls einstimmig beschloss der Stadtrat, dass die Duisburg Marketing GmbH weiterhin die Vermarktung des **Landschaftsparks Duisburg Nord** vornehmen soll.

Die FDP-Ratsfraktion hatte im Jahre 2009 beantragt, die städtische **Baumschutzsatzung** abzuschaffen. Diesem Antrag wollte damals niemand zustimmen, aber es wurde deutlich, dass alle eine Veränderung der Satzung wünschten. So entstand eine Kommission, die sich in den vergangenen 1 ½ Jahren zu Beratungsgesprächen zusammenfand. In den letzten Wochen wurde das Ergebnis in den politischen Gremien beraten, Jörg Löbe, der für die FDP an den Beratungen der Kommission teilnahm, hatte schon früh darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei dem jetzt vorgestellten Ergebnis nicht um das Ergebnis der Kommission handelte. Der ausgehandelte Kompromiss war dem Vertreter der Grünen wohl nicht angenehm, so dass er das Ergebnis kurzerhand „hinter den Kulissen“ mit dem Umweltdezernenten Dr. Greulich verändert hat, bevor die Beschlussvorlage gedruckt wurde. Der Umweltausschuss beschloss dann noch mehrheitlich, dass die „schlimmsten“ Veränderungen (die, die noch in der Vorlage standen) nun doch nicht so umgesetzt werden sollten. Eine Rot-Rot-Grüne Mehrheit beschloss in allen vorlaufenden Gremien die Veränderung der Baumschutzsatzung, die inzwischen keine mehr war. Überraschend war dann in dieser Ratssitzung, dass die SPD-Fraktion beantragte, dass Thema Baumschutzsatzung heute nicht zu beraten und in die nächste Sitzung zu schieben. Die FDP wird die Vorlage trotz Änderungsanträgen der CDU und der DWG ablehnen.

Das nächste Thema, das auf der Tagesordnung stand, war die **Einrichtung einer Klimaagentur**. Da die Stadt für solche Dinge kein Geld ausgeben darf, hatte das Umweltamt vorgeschlagen, dass nun die städtischen Gesellschaften 'Wirtschaftsbetriebe' und 'DVV' gemeinsam eine Gesellschaft / Agentur gründen und diese mit 500.000 Euro (davon 400.000 Euro Personalkosten) speisen sollten. Die FDP hatte

noch eine bissige Anfrage zum Thema gestellt, da kolportiert wird, dass der Geschäftsführer der Grünen-Ratsfraktion demnächst der Geschäftsführer der neuen Klimaagentur werden soll. Der Rechtsdezernent beantwortete die gestellten Fragen - stellvertretend für den erkrankten Dr. Greulich – sehr sachlich und emotionslos. Das bereits über die Geschäftsführerposition der Klimaagentur gesprochen worden sei, sei der Verwaltung nicht bekannt usw. Lediglich der Fraktionsvorsitzende der Grünen echauffierte sich über diese (öffentlich geäußerten) Mutmaßungen. Die SPD hatte in den vorberatenden Gremien noch gegen die Einrichtung einer Klimaagentur gestimmt, nun aber hatte sie einen Ergänzungsantrag gestellt, wonach die genannten Summen so auch zukünftig festgeschrieben bleiben sollen. Mit diesem „ausschlaggebenden“ Zusatz konnte die SPD zustimmen. SPD, CDU, OB, Grüne und Linke beschlossen gegen die Stimmen von FDP und DWG mit großer Mehrheit die Gründung einer Klimaagentur, von der z.Z. niemand genau weiß, welche Aufgaben sie haben wird, außer denen, die es bereits bei den Stadtwerken, bei der Verbraucherzentrale, beim Klimatisch, bei den Wirtschaftsbetrieben, bei IHK und HWK und bei sonstigen privatwirtschaftlichen Energieberatern schon gibt...

Anschließend wurde - wieder einstimmig - eine neue **Friedhofssatzung** und eine neue Friedhofsgebührensatzung beschlossen. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Vorschriften auf den Duisburger Friedhöfen deutlich gelockert wurden und die Gebühren teilweise sogar sinken werden.

Ein weiterer Punkt, bei dem längere Debatten zu erwarten gewesen wären, war die geplante Umstrukturierung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „**Einkauf und Service Duisburg**“ (**ESD**). Wie aus den Medien bekannt, ist gegen die ehemalige Geschäftsführerin ein Verfahren eingeleitet worden, nachdem bekannt wurde, dass sie über einen längeren Zeitraum mit der Kreditkarte der Gesellschaft private Dinge erworben hatte. Dies war möglich, weil es keine geeigneten Prüfmechanismen gab, deshalb soll, auf Vorschlag der Verwaltung, ein Teil der Aufgaben des ESD nun wieder zurück in die Kernverwaltung gelegt werden. Die Politik scheint in dieser Frage bisher uneinig und es ist keine Lösung erkennbar, die alle als gut erachten, daher stimmten die Ratsmitglieder auch gerne zu, als die DWG beantragte, die Vorlage in 1. Lesung zu behandeln.

Ebenso wurde mit dem **Jahresbericht 2011 des Schulentwicklungsplanes** verfahren.

Es folgten zahlreiche **Bebauungspläne** und Flächennutzungsplanänderungen, z.B. für die Errichtung des Factory-Outlet-Centers in Hamborn (es gab nur eine einzelne Gegenstimme), zur Errichtung eines neuen Betriebshofes der Wirtschaftsbetriebe in Hamborn, für die Fläche des ehemaligen Hallenbades in Beeck, einige Veränderungssperren in Homberg, ein neuer B-Plan für die Stadtmitte als Konsequenz des Vergnügungstättenkonzeptes, für den Bau eines Supermarktes in Neudorf, für den Bau eines Altenheimes am Rheinhauser Markt, einer hochwertigen Siedlung in Rumeln und für eine Bebauung des Sportplatzes Watzmannstraße (die FDP stimmte in diesem Fall dagegen).

Mehrheitlich (SPD, Linke, Grüne) abgelehnt wurde ein Antrag der DWG, wonach die Bürger online abstimmen sollten, welcher Namenszusatz zukünftig auf den **Ortseingangsschildern** geführt werden solle.

Eine merkwürdige Diskussion entbrannte dann wieder an einem Kunstwerk, das sich im Besitz der Familie Stroehr befindet. Es handelt sich um ein **Kunstwerk in Form eines U-Bootes** von Andreas M. Kaufmann, das im Innenhafen neben dem Museum Küppersmühle befestigt werden soll. Alle anfallenden Kosten, auch in Zukunft, werden von Familie Stroehr getragen.

In einer weiteren Vorlage wurden die Ratsmitglieder darüber informiert, dass im Rechtsamt der Stadt bereits jetzt Kosten in Höhe von fast 700.000 Euro für **rechtsanwaltliche Vertretung** der 11 städtischen Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit dem Unglück bei der Loveparade von der Staatsanwaltschaft beschuldigt werden, aufgelaufen sind. Diese Kosten müssen vom Rat beschlossen werden, bevor sie zur Auszahlung kommen. Die Ratsmitglieder kritisierten, dass die Kosten nicht aufgeschlüsselt dargestellt wurden, sie hätten gerne gewusst, um welche Leistungen es sich handelte. Hier kam es im Laufe der Diskussion zu einer Auseinandersetzung des Oberbürgermeisters (CDU) und seinem Rechtsdezernenten Wolfgang Rabe (CDU), die sogar zu einer Sitzungsunterbrechung führte. Der OB erklärte, wenn der Rat die Auszahlung jetzt nicht beschließen würde, müsse er morgen den betroffenen Mitarbeitern sagen, dass sie von nun an nicht mehr anwaltlich vertreten werden können. In der Pause einigte man sich darauf, dass 300.000 Euro sofort ausgezahlt werden sollen, der Rest jedoch erst dann, wenn eine Aufschlüsselung der gesamten Summe vorgelegt werde.

Die nächste reguläre Sitzung des Duisburger Stadtrates – und gleichzeitig die letzte in 2011 - ist für den 12.12.2011 geplant. Dann wird der Rat sich mit allen Themen befassen (müssen) die in dieser Sitzung nur in 1. Lesung behandelt wurden, dann wird auch der Termin zur Abwahl des Oberbürgermeisters beraten.